



Gemeindegammänner-Vereinigung
des Kantons Aargau

UPDATE

Nr. 9 / 2025





EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser

Nach 13 Jahren als Stadtammann der Stadt Lenzburg und somit auch als Vorstandsmitglied der Gemeindeammännervereinigung ist es an der Zeit, auf Wiedersehen zu sagen und Gelegenheit, die Gedanken schweifen zu lassen.

Die Gemeinden im Aargau stehen vor einer Vielzahl von Herausforderungen, die jedoch gleichzeitig auch als Chancen betrachtet werden können. Im Kontext von Urbanisierung, demografischem Wandel und den steigenden Anforderungen an die Infrastruktur gilt es, innovative Lösungen zu finden. Die Fähigkeit, sich an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen, wird entscheidend sein. Hierbei können wir auf die Stärke unserer Gemeinden setzen: Die enge Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden, der Austausch bewährter Konzepte und Umsetzungsstrategien sind wichtige Ressourcen, um die anstehenden Aufgaben erfolgreich zu meistern. Und wichtig scheint mir, die eigenen Scheuklappen abzulegen und auch über unkonventionelle Lösungsansätze nachzudenken und zu diskutieren. Dabei kann uns die Digitalisierung unterstützen, denn die fortschreitende Digitalisierung bietet uns die Möglichkeit, Verwaltungsprozesse zu optimieren, den Bürgerinnen und Bürgern einen besseren Zugang zu Dienstleistungen zu ermöglichen und die Partizipation zu stärken. Mit modernen Technologien können wir nicht nur effizienter arbeiten, sondern auch transparentere und bürgernähere Strukturen schaffen. Dies kann das Vertrauen in die Gemeinden stärken und neue Formen der Mitwirkung und Mitgestaltung ermöglichen. Es lohnt sich über den Einbezug und die Partizipation der Bevölkerung nachzudenken, insbesondere bei planerischen Fragen und Aufgabenstellungen, denn eine Teilnahme und Teilhabe an Entwicklungsprozessen, die den Lebensraum unserer Einwohnerinnen und Einwohner betreffen, wird sich positiv auf das Ergebnis und vor allem auf

den Entscheidungsprozess auswirken. Wer Demokratie sagt, meint Partizipation. Und insbesondere der demografische Wandel bietet die Möglichkeit, neue Initiativen für Jung und Alt zu entwickeln. Die Schaffung von Begegnungsräumen und die Förderung von Projekten, die generationsübergreifendes Lernen und Zusammenleben unterstützen, werden unsere Gemeinden bereichern und das soziale Miteinander stärken.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen für Ihre Arbeit in den Gemeinden alles Gute und grosse Schaffenskraft. Nutzen Sie die Möglichkeiten, die sich Ihnen tagtäglich bieten.



Daniel Mosimann, Stadtammann Lenzburg





AKTUELLE THEMEN

Absichtserklärung zu den Fristen bei Baugesuchen

Die Beschleunigung von Baubewilligungsverfahren ist ein kantonales und kommunales Dauerthema, das durch das Postulat „Baubewilligungen innert 90 Tagen“ im Grossen Rat und das Sorgenbarometer der Wirtschaft zusätzlichen Druck erhalten hat.

Der Vorstand der Gemeindeammänner-Vereinigung (GAV) hat sich intensiv mit dieser Thematik auseinandergesetzt und unterstützt die Unterzeichnung einer gemeinsamen Absichtserklärung mit dem Kanton, dem Verband der Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber (AGG) sowie dem Verband der Bauverwalterinnen und Bauverwalter

Im Rahmen eines „Runden Tisches“ mit Vertretungen aus Kanton, Gemeinden und Wirtschaft wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um realisierbare Massnahmen zu definieren. Das Resultat ist eine Absichtserklärung, die ambitionierte, aber erreichbare Ziele setzt und gleichzeitig ein positives Zeichen an Bevölkerung und Gewerbe sendet.

Die Kernpunkte der Absichtserklärung:

- **Konkrete Fristenziele:** Wir bekennen uns zum Ziel, dass 50% der Baugesuche innert 70 Tagen und 85% der Gesuche innert 90 Tagen erledigt werden.
- **„Stopp der Uhr“ bei Verzögerungen durch Gesuchstellende:** Ein wesentlicher Punkt für die Gemeinden ist die Regelung der Sistierung. Fehlen Unterlagen oder müssen Projekte überarbeitet werden, wird das Verfahren standardmässig sistiert. Diese Zeiten fallen nicht in die Verantwortung der Baubehörden und belasten die Statistik nicht.
- **Digitales Monitoring:** Die Überprüfung der Zielerreichung erfolgt automatisiert über die digitale Baugesuchsplattform DIBA. Dies setzt voraus, dass DIBA als Voll-

version in den Gemeinden genutzt wird.

Der GAV-Vorstand unterstützt die Absichtserklärung, ist sich aber gleichzeitig bewusst, dass die Ziele anspruchsvoll sind. Insbesondere hält er ergänzend fest, dass die Mitwirkung der kantonalen Stellen und Behörden oftmals bei der Bearbeitungsdauer eines Baugesuchs auch massgebend ist, welche durch die Gemeinden nicht beeinflusst werden kann. Mit der Absichtserklärung soll aber das ambitionierte Ziel verfolgt und die Zielerreichung gemessen und aufmerksam verfolgt werden.

Umwandlung Schutzstatus S in Aufenthaltsbewilligung B

Der Bundesrat hat entschieden, den Schutzstatus S nicht vor dem 4. März 2027 aufzuheben. Dies hat eine automatische rechtliche Konsequenz, die für uns Gemeinden gravierende finanzielle und organisatorische Folgen haben wird: Nach fünf Jahren erhalten Schutzbedürftige eine Aufenthaltsbewilligung B, sofern der Schutzstatus nicht aufgehoben wird. Ab dem Jahr 2027 würde ein Grossteil der Geflüchteten aus der Ukraine vom Status S in den Status B wechseln. Dies löst einen Systemwechsel aus:

- **Kostenexplosion bei der Sozialhilfe:** Personen mit Ausweis B haben Anspruch auf ordentliche Sozialhilfe, deren Ansätze deutlich höher sind als die bisherige Asylsozialhilfe.
- **Wohnsituation:** Die freie Wohnungswahl führt zu höheren Mietkosten als in kollektiven Unterkünften.
- **Kostenverteiler:** Der Kanton Aargau plant gemäss einer aktuellen Medienmitteilung, nur 50% der Kosten zu übernehmen. Die restlichen 50% sollen an den Gemeinden hängenbleiben.

Der Vorstand der Gemeindeammänner-Vereinigung (GAV) ist nicht bereit, diese einseitige Lastenverschiebung kommentarlos hinzunehmen. Zusammen





mit dem Verband Aargauer Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber (AGG) sowie den Aargauer Gemeindesozialdiensten (VAGS) unterstützen wir ein Positionspapier und einen dringenden Appell an Regierungsrat Jean-Pierre Gallati.

Unsere Kernforderungen lauten:

- 1. Status S beibehalten:** Der Bund muss Lösungen finden, damit der Schutzstatus verlängert wird, ohne dass automatisch nach 5 Jahren eine Aufenthaltsbewilligung B erteilt wird.
- 2. Keine Kostenabwälzung:** Der Bund soll die volle Globalpauschale übernehmen, nicht nur die Hälfte.
- 3. Verstärkte Integration:** Die Integrationspauschalen müssen erhöht werden, um die Erwerbsquote bis 2027 deutlich zu steigern und so die Sozialhilfekosten zu senken.
- 4. Lösung für Rentner:** Es braucht eine Lösung für ältere Geflüchtete, die mangels Beitragsjahren keine AHV erhalten und somit dauerhaft in der Sozialhilfe der Gemeinden verbleiben würden.

Der Kantonale Sozialdienst hat die Verbände zu einer Aussprache im Februar 2026 eingeladen, um die Auswirkungen zu diskutieren. Wir werden dieses Gefäss nutzen, um unsere Forderungen mit Nachdruck zu platzieren. Es darf nicht sein, dass Gemeinden, die sich bei der Aufnahme solidarisch gezeigt haben, nun finanziell „bestraft“ werden.

Anhörung «Weiterentwicklung der Polizeiorganisation»

Der Grosse Rat hat sich klar für die Beibehaltung und Optimierung der dualen Polizeiorganisation ausgesprochen. Der Regierungsrat hat dazu eine Anhörung gestartet, zu der der Vorstand der Gemeindeammänner-Vereinigung (GAV) in Zusammenarbeit mit der Repol-Konferenz ausführlich Stellung nimmt.

Grundsätzlich begrüsst der GAV-Vorstand die Stärkung der Regionalpolizeien, sehen aber in einem zentralen Punkt dringenden Nachbesserungsbedarf, um echte Effizienzgewinne zu erzielen.

Unsere Positionen im Überblick:

- **Kleinkriminalität und Prävention:** Wir begrüssen, die definitive Klärung, dass die Regionalpolizeien im Bereich der Kleinkriminalität die Kriminalprävention an den Volksschulen übernehmen sollen. Dies ist bürgernah, verhindert Wartezeiten und nutzt die Ressourcen sinnvoll. Wir haben angeregt, im Dekret präzise von «Volksschulen» statt allgemein von «Schulen» zu sprechen.
- **Verkehrsunfälle:** Der Regierungsrat möchte die Aufgabenteilung bei Verkehrsunfällen unverändert lassen. Dagegen wehrt sich der Vorstand entschieden. Es ist ineffizient und ärgerlich für die Betroffenen, wenn bei Bagatellunfällen eine bereits anwesende Patrouille der Regionalpolizei untätig warten muss, bis eine Patrouille der Kantonspolizei eintrifft. Das duale System weiterzuentwickeln heisst, solche künstlichen Leerläufe zu eliminieren. Die Patrouille, die zuerst vor Ort ist (egal ob Kapo oder Repol), soll den Fall erledigen, sofern es sich um Unfälle ohne oder mit nur leicht verletzten Personen handelt.
- **Personalsituation und Entlastung:** Im Anhörungsbericht wird die Rekrutierungsleistung der Regionalpolizeien kritisch dargestellt. Der GAV-Vorstand möchte das korrigieren: Die Regionalpolizeien unternehmen grosse Anstrengungen und stellen aktuell 33 Aspirantinnen und Aspiranten. Zudem sind wir – anders als der Kanton – überzeugt, dass die neuen Aufgabenverteilungen zu einer spürbaren Entlastung der Kantonspolizei führen werden.

Der Vorstand setzt sich weiterhin dafür ein, dass der Wille des Grossen Rates nach einem effizienten dualen System ohne bürokratische Hürden umgesetzt wird.





Motion «Kantonalisierung Pflegebereich»

Die Pflegerestkosten sind in den meisten unserer Finanzpläne der am stärksten wachsende Ausgabenposten. Unsere Gemeinden befinden sich dabei in einer undankbaren Lage: Wir finanzieren einen wesentlichen Teil der ambulanten und stationären Pflege, haben aber praktisch null Einfluss auf Tarife, Qualitätsvorgaben oder die Leistungssteuerung.

Der Vorstand der Gemeindeammänner-Vereinigung unterstützt deshalb eine parteiübergreifende Motion, die am 16. Dezember 2025 im Grossen Rat eingereicht wurde.

Die Kernforderung der Motion lautet, dass der Kanton die Planung und Finanzierung der ambulanten, intermediären und stationären Pflege übernehmen soll. Die Motionäre – unter ihnen der Geschäftsleiter Andreas Schmid, der Präsident Patrick Gosteli sowie die Vorstandsmitglieder Hanspeter Budmiger, Markus Schneider, Hanspeter Hilfiker – fordern, dass die Planung sowie der Finanzierungsanteil der öffentlichen Hand für die gesamte Pflegeversorgung (Spitex und Pflegeheime) vom Kanton übernommen werden.

Warum dieser Systemwechsel notwendig ist:

- **Fehlende Steuerungsmöglichkeit:** Seit der Neuordnung 2012 trägt der Kanton die Spitalfinanzierung, während das ungesteuerte Kostenwachstum der Pflege bei den Gemeinden hängenbleibt. Da Krankenkassenbeiträge und Patientenbeteiligungen fixiert sind, gehen Kostensteigerungen (Löhne, Sachkosten) einseitig zu unseren Lasten.
- **Bestrafung von Innovation:** Aktuell setzen wir falsche Anreize. Gemeinden, die altersgerechtes Wohnen fördern, ziehen betagte Personen an. Bei einem späteren Heimübertritt bleiben diese Gemeinden auf den Restkosten sitzen. Wer sich engagiert, zahlt am Ende mehr. Das hemmt die Schaffung von dringend nötigen Angeboten zur Entlastung der Pflegeheime.
- **Logische Konsequenz aus EFAS:** Mit der Annahme der «Einheitlichen Finanzierung

Ambulant und Stationär» (EFAS) im November 2024 hat das Volk die Weichen gestellt. Ab 2032 werden Pflegeleistungen ohnehin einheitlich finanziert. Es ist daher folgerichtig, jetzt die Planung und Verantwortung beim Kanton zu bündeln, um das Prinzip der fiskalischen Äquivalenz (wer zahlt, befiehlt) endlich durchzusetzen.

Die Planung der Pflegeversorgung auf lokaler Ebene ist angesichts der demografischen Grosswetterlage kaum mehr sinnvoll bewältigbar. Eine Umfrage des DGS zeigte bereits 2021, dass sich die Gemeinden eine Kantonalisierung wünschen. Der Vorstand wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass dieser Vorstoss im Grossen Rat Gehör findet. Selbstverständlich müssen die finanziellen Auswirkungen im Gesamtkontext der Aufgabenteilung Kanton/Gemeinden fair ausgeglichen werden.

VERSCHIEDENES

Daniel Marti wird Geschäftsleiter der GAV

Daniel Marti tritt die Nachfolge von Andreas Schmid als Geschäftsleiter der Gemeindeammänner-Vereinigung des Kantons Aargau (GAV) an. Mit der Wahl von Andreas Schmid als Stadtammann in Lenzburg beendet er seine Tätigkeit bei der GAV. Sein bisheriger Stellvertreter und Gemeindeammann von Rapperswil Daniel Marti übernimmt die Geschäftsleitung per 1. Januar 2026.

Andreas Schmid gibt die operative Leitung der GAV-Geschäftsstelle ab, da er ab 2026 das Amt als Stadtammann in Lenzburg antritt. Seine Funktion bei der GAV übernimmt per 1. Januar 2026 Daniel Marti. Der amtierende Gemeindeammann in Rapperswil bringt umfassende Kenntnisse aus Verwaltung, Gemeindeführung und Projektarbeit mit und hat ein Studium in Arbeits-, Organisations- und Personalpsychologie abgeschlossen. Als seine Stellver-



treten am 1. Januar ab dem neuen Jahr Vanessa Schmidt. Sie bringt sowohl praktische Verwaltungserfahrung als auch Expertise in der Beratung von Gemeinden mit. Mit ihrer fundierten kaufmännischen und betriebswirtschaftlichen Ausbildung ergänzt sie Martis Profil ideal.

Die Geschäftsstelle der GAV unterstützt den Vorstand bei der Interessenvertretung der Aargauer Gemeinden gegenüber dem Kanton, der Politik und Dritten. Das neue Führungsduo sieht der Zukunft freud- und erwartungsvoll entgegen und ist sich den anstehenden Herausforderungen bewusst.

Daniel Marti: «Vanessa Schmidt und ich ergänzen uns hervorragend – die Betriebsökonomin mit kaufmännischem Hintergrund und der Gemeindegammänner mit arbeitspsychologischem Know-how. Wir freuen uns auf die neue Aufgabe.» Vanessa Schmidt: «Die Übergabe läuft bereits. Wir werden gut vorbereitet in das neue Jahr starten.»

Verabschiedungen aus dem GAV-Vorstand

Mit dem Legislaturwechsel gibt es auch Änderungen im GAV-Vorstand. Die folgenden Vorstandsmitglieder wurden anlässlich der Sitzung vom 16. Dezember 2025 verabschiedet:

- Christiane Guyer, Zofingen
- Erich Hunziker, Kirchleerau
- Josef Huwiler, Sins
- Franco Mazzi, Rheinfelden
- Daniel Mosimann, Lenzburg
- Arsène Perroud, Wohlen
- Raymond Tellenbach, Bremgarten
- Herbert Weiss, Laufenburg

Im Namen der Aargauer Gemeinden danken wir an dieser Stelle für die engagierte Mitarbeit im GAV-Vorstand.

SAVE THE DATE

GV, Legislatur-Kick-off und Revision Gemeindegammengesetz

Donnerstag, 5. März 2026

Nachmittag, 1. Teil
Legislatur-Kick Off für Gemeinderäte

Nachmittag, 2. Teil
Veranstaltung zur Revision Gemeindegammengesetz
(gemeinsam mit VAGG und FAG)

Abend
Generalversammlung der GAV
(ACHTUNG: Neues Datum)

Die GAV lädt zum Legislaturstart alle Mitglieder der Aargauer Gemeinderäte ein, um das Netzwerk zu pflegen.





Gemeindeammänner-Vereinigung
des Kantons Aargau

KONTAKTSTELLE



Patrick Gosteli, Präsident
Gemeindehaus Böttstein
5314 Kleindöttingen

patrick.gosteli@boettstein.ch
Tel. 079 250 22 61



Andreas Schmid, Geschäftsleiter
Geschäftsstelle c/o AWB Comunova AG
Freienwilstrasse 1
5426 Lengau

aschmid@awb.ch
Tel. 079 626 08 55

Loipe Lindenberg (© Aargau Tourismus)

